

## 10. Gespräch von Staatssekretär J. Kellenberger mit dem österreichischen Generalsekretär Schallenberg (S) vom 18.12.1992 in Wien

1. S und die ihn begleitenden Mitarbeiter (Gesandte Rohan, Plattner, Woschnak) äusserten sich zu den einzelnen Gesprächsthemen wie folgt:

### Ehemaliges Jugoslawien

Serben trieben Schaffung von Grossserbien ohne Rücksichtnahme auf internationales Recht weiter voran. Bisher eingesetzte diplomatische und andere Mittel genügen nicht. Es müsste einmal gesagt werden: bis hierher und nicht weiter. Wenn noch lange mit weiteren Aktionen zugewartet wird, könnten Möglichkeiten in Anbetracht evtl. russischer Haltungsänderung verschwinden.

Durchsetzung Flugverbot gibt militärisch relativ wenig. Es werden nur Transport- und Aufklärungsflüge durchgeführt. Es sollten UNO-Beobachter unter militärischem Schutz in Frauenlager entsandt werden. Die Durchfahrt humanitärer Konvois sollte militärisch durchgesetzt werden. Es geht nicht an, sich einfach aufhalten zu lassen. Oesterreich bedauert, dass niemand zur Einrichtung von Schutzzonen bereit ist, sieht aber einen Lösungsansatz in der französischen Idee, indem an Orten, wo humanitäre Aktion im Gange ist (Bihac) und geschossen wird, zurückzuschiesen, falls vorherige Verhandlungen nicht zu Feuereinstellung führen. Dieses "pragmatische" Vorgehen könnte zu eigentlichen Sicherheitszonen führen.

Oesterreicher befürchten, dass plötzlich die Moslems langsam Gegenstand der Kritik werden könnten, wenn die Serben nach Erreichen ihrer Kriegsziele die Verhandlungswilligen spielen.

In der UNO sieht S nicht den richtigen Ort, um das Gericht für die Verurteilung der Kriegsverbrecher zu schaffen. Prof. Carlshoven sei vor allem zu beweisen bemüht, dass auch andere als Serben für Verbrechen verantwortlich seien. Die KSZE eigne sich besser als Rahmen für die Schaffung des Gerichtes.

Die griechische Haltung bezüglich der Anerkennung von Mazedonien bleibe sehr hart. Die Verärgerung über die Griechen in der EG nehme jedoch zu. Der Plan werde jetzt verfolgt, die Anerkennung Mazedoniens über die UNO-Mitgliedschaft zu erreichen. Aus unerfindlichen Gründen hätten die Mazedonier vor ein paar Tagen ihren Mitgliedschaftsantrag jedoch zurückgezogen. Oesterreich hält sich in der Anerkennungsfrage an die EG.

### KSZE

Oesterreich ist für eine verstärkte Konzentration der Tätigkeiten in Wien, will den Tschechen aber im gegenwärtigen Zeitraum nichts wegnehmen. Die Handlungsfähigkeit der KSZE wird wegen mangelnden politischen Willens zahlreicher Staaten, die Konferenz wirklich operationeller zu machen, als äusserst bescheiden eingestuft. Die Konsensfähigkeit sei mit 52 Mitgliedern verlorengegangen. Das Sicherheitsforum wird von der Kritik ausgenommen.



Man hoffe, dieses Ziel bis 1995 zu erreichen. Bei der Beurteilung des sicherheitspolitischen Umfeldes kommt nebst dem Konflikt in Jugoslawien der Lage der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern die grösste Bedeutung zu. Mit Ausnahme Serbiens hat Ungarn mit praktisch allen Nachbarstaaten und auch Russland militärische Abkommen zum Zwecke der gegenseitigen Kontaktpflege und Information abgeschlossen. Diesen Verträgen kommt jedoch kein Bündnischarakter zu. Mit Russland bestehen auch weiterhin Beziehungen im Bereich der Materiallieferungen (Ersatzteile sowie Kompensationsgeschäfte für die Begleichung von Altschulden). Angesichts des sicherheitspolitischen Vakuums in Mitteleuropa ist Ungarn bestrebt, seine Beziehungen zur NATO kontinuierlich auszubauen. Letztlich strebt es die Vollmitgliedschaft in dieser Organisation an.